

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 02/2022



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

sicherlich haben auch Sie in den letzten Wochen mit Unverständnis, Bestürzung, aber auch Wut auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geblickt. Ich darf Ihnen versichern, dass das gesamte politische Berlin diese Krise ernst nimmt, wir aber zugleich sehr entschlossen handeln. Darauf möchte ich in meinem Newsletter gerne eingehen.

Am 17. März hatte der Deutsche Bundestag digital den Präsidenten der Ukraine zu Gast. Dieser Termin und seine Ansprache waren bewegend und historisch. Nach wie vor sehe ich es sehr kritisch, dass die Regierungsfractionen den notwendigen parlamentarischen Diskurs im Anschluss an diesen Besuch versagt haben, ja nicht einmal eine Pause einlegen, sondern gleich zur Tagesordnung zurückkehren wollten. Auch die darum bemühte Geschäftsordnungsdebatte war alles andere als dem Ansehen des Parlaments würdig. Die Angelegenheit beschämt mich.

In der vergangenen Woche haben wir im Bundestag in erster Lesung den Bundeshaushalt 2022 beraten. Die finanziellen Herausforderungen, nicht nur durch den Ukrainekrieg, sondern auch durch die Corona-Pandemie, sind immens. Die Belastungen, die wir der zukünftigen Generation durch weitere Neuverschuldung auferlegen, wiegen schwer. Und dennoch sind einige Maßnahmen jetzt notwendig, um unsere Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten.

Auch wenn wir in diesen Tagen eine Zeitenwende erleben, so möchte ich Ihnen trotz oder gerade wegen dieser äußeren Umstände alles Gute zum Frühjahrsbeginn wünschen. Die Sonne der letzten Tage hat uns sicherlich allen gut getan und wird uns hoffentlich auch in den kommenden Wochen begleiten.

Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

DER UKRAINE KRIEG

Die Russische Föderation unter Präsident Wladimir Putin hat einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine gestartet und im Laufe des Krieges erhebliche Kriegsverbrechen begangen. Der Krieg wird immer brutaler und rücksichtsloser. Die Menschen erfahren unvorstellbares Leid. Was vor Monaten noch wie ein kaum denkbare Horrorszenerario anmutete, ist heute traurige Wirklichkeit. Durch die Kriegshandlung hat sich Präsident Putin über fundamentale Regelungen des Völkerrechts hinweggesetzt, ja er hat es schlichtweg mit Füßen getreten. Darüber hinaus hat er die Weltgemeinschaft systematisch und umfänglich belogen, indem er vor dem Angriff unter fadenscheinigen Argumenten den massiven Truppenaufmarsch zu verheimlichen und zu relativieren suchte. Noch heute missbraucht Präsident Putin die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, um unter haarsträubenden Versuchen seinen völkerrechtswidrigen Angriff zu legitimieren. Er agiert als Aggressor und unterdrückt als Despot systematisch die Opposition im eigenen Land. Ganz bewusst nutzt er auch seine wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten, um die kriegerische Auseinandersetzung zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Die politische Reaktion des Westens war und ist eindeutig und stark: Ich unterstütze alle ins Werk gesetzten Sanktionen ausdrücklich. Sie sind in der gegenwärtigen Lage notwendig und ein wirksames Mittel. Ungewiss ist, ob sie ausreichen. Eine weitere Verschärfung der Sanktionen sollten wir darum ernsthaft in Erwägung ziehen und entsprechend klar kommunizieren. Auch bin ich der festen Überzeugung, dass durch eine intensive finanzielle Unterstützung und eine intensive Ausstattung mit militärischem Gerät die ukrainische Armee besser gestellt werden kann. Es ist ein gutes Zeichen, dass unsere Bundeswehr hierzu einen Beitrag leistet.

Die kriegerische Auseinandersetzung wird andauern. Auch die seit Beginn des Krieges offenkundig schwierigen Beziehungen zu Russland werden sich aller Voraussicht nach noch weiter verschlechtern. Es ist jedoch meine feste Überzeugung, dass wir im Angesicht dieser Katastrophe unseren Werten treu bleiben müssen. Alles andere wäre ein Ausverkauf von Sicherheit und Freiheit im vereinten Europa.

REDE VON PRÄSIDENT SELENSKYJ IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Die digitale Zuschaltung des ukrainischen Präsidenten Selenskyj in der vergangenen Sitzungswoche war eine historische und in vielerlei Hinsicht bemerkenswerte Stunde unseres Parlaments. Es

TERMINE

04.04.-08.04.2022
Sitzungswoche des
Deutschen Bundestages

04.04.2022, 13:00 Uhr,
Klausurtagung der Arbeitsgruppe
Kommunales der Unionsfraktion

04.04.2022, 19:30 Uhr,
Sitzung der Landesgruppe NRW
der Unionsfraktion

05.04.2022, 09:15 Uhr,
Arbeitsgruppe Finanzen der
Unionsfraktion

05.04.2022, 10:00 Uhr,
Arbeitsgruppe Familie der
Unionsfraktion

06.04.2022, 13:00 Uhr,
Regierungsbefragung mit
Bundeskanzler Olaf Scholz

07.04.2022, 19:00 Uhr,
Wie auf den Krieg gegen die Ukraine
reagieren? – Herausforderungen und
Perspektiven,
Katholische Akademie

10.04.2022, 14:00 Uhr,
Apfelblütenfest Bensberg
Garten des Heimatmuseums

25.04.-29.04.2022,
Sitzungswoche des
Deutschen Bundestages

*Weitere Termine finden Sie auf meiner
Homepage!*

ist beeindruckend, mit welchem persönlichen Einsatz der Präsident in dieser herausforderungsvollen Lage für sein Land kämpft. Ich bin mir sicher, dass die ukrainische Widerstandskraft auch darin eine ihrer Quellen findet.

Präsident Selenskyj hat uns nochmal klar vor Augen geführt, dass die russische Aggression keineswegs abnimmt, sondern im Gegenteil, sich verstetigt: Zahlreiche ukrainische Städte stehen unter Dauerbeschuss durch russische Artillerie und Luftwaffe. 20 - 30% der Bevölkerung der Ukraine sind bereits geflohen, die Infrastruktur zahlreicher Städte ist nicht nur in Mitleidenschaft gezogen, sondern teilweise grundlegend zerstört. Die Angriffe gelten längst nicht mehr nur militärischen Zielen, sondern auch zivilen Einrichtungen. Ganze Städte werden dem Erdboden gleichgemacht – ohne Rücksicht auf Menschenleben.

Darum ist es mehr als verständlich, dass sich der Präsident für ein noch intensiveres und umfänglicheres deutsches und europäisches Engagement für sein Land ausspricht. Ich denke, es ist noch nicht genügend getan. Auch wenn ich einerseits die Bedenken teile, die etwa gegen eine No-fly-Zone vorgetragen werden, so darf uns dies andererseits nicht davon abhalten, weitere notwendige Maßnahmen zu tun. Wenn wir durch technische und finanzielle Unterstützung einen weiteren wertvollen Beitrag leisten können, dann sollten wir dies auch tun.

Unabhängig von den politischen Hilfsmaßnahmen ist eines ganz klar: Die umfängliche Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung in unserem Land ist ein klares Zeichen – auch gegenüber dem russischen Aggressor. Das beginnt bei konkreten Hilfslieferungen an die Ukraine. Hier denke ich an die Hilfsgütersammlungen und -transporte, die auch aus unserem Kreis in die Ukraine gehen.

Dazu kommen die zahlreichen Benefizveranstaltungen und großzügigen finanzielle Spenden und nicht zuletzt die Aufnahme von Flüchtlingen in den eigenen vier Wänden. Wenn man in diesen Tagen am Berliner Hauptbahnhof die zahlreichen ankommenden ukrainischen Flüchtlinge sieht, dann sticht dabei auch eines ganz besonders hervor: Das großartige Engagement zahlreicher ziviler und ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, die beherzt und tatkräftig ihre Freizeit dafür einsetzen, die Menschen willkommen zu heißen und ihnen ein Obdach zu vermitteln. Auch wenn es natürlich schlussendlich eine staatliche Aufgabe sein wird, die Flüchtlinge im ganzen Land zu verteilen, so ist doch auch dieses Zeichen ein besonders Wichtiges und Greifbares.

Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten noch viel Atem auf dieser Wegstrecke brauchen. Angesichts dieses großen Einsatzes ist mir aber nicht bang, dass uns dies gemeinsam gelingen wird.

HAUSHALTSWOCHE

Auch die zurückliegenden Beratungen zum Haushaltsplan der Bundesregierung haben gezeigt, dass wir als Union in der

EINBLICKE



Hilfsaktion für die Ukraine, organisiert durch den Verein Hilfe Litauen Belarus gemeinsam mit der Humanitären Hilfe Overath e.V.

Opposition gebraucht werden. Leider erschöpft sich der gegenwärtige Haushaltsentwurf in einer allzu groben Finanzplanung. Zahlreiche Punkte sind nicht klar finanziell unterlegt, auch in der Schwerpunktsetzung gibt es Kritik. Die Bundesregierung verabschiedet sich von einer generationengerechten Finanzplanung und legt einen viel zu geringen Schwerpunkt auf die Förderung von Familien. Wir als Union werden uns bemühen, im parlamentarischen Verfahren entsprechend nachzubessern.

Losgelöst von den aktuellen Haushaltsberatungen beschäftigen wir uns im Parlament auch mit dem Vorschlag des Bundeskanzlers, die Bundeswehr einmalig mit einem Sonderetat in Höhe von 100 Milliarden Euro auszustatten. An dieser Stelle möchte ich betonen, dass wir als Union uns schon seit Jahren für eine angemessene und umfängliche Ausstattung der Bundeswehr aussprechen. Das Nato 2-Prozent-Ziel haben wir als Union immer unterstützt. Bisherige Bemühungen, die Bundeswehr besser auszustatten, sind stets an der SPD gescheitert. Dies gilt sowohl in Bezug auf die finanzielle Ausstattung als auch in Bezug auf die technische Ausstattung und organisatorische Fragen. Ich möchte dabei nur an den Streit um bewaffnete Drohnen erinnern. Leider zeigt die Lage in der Ukraine eindrucklich, wie notwendig auch dieses Instrumentarium im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung ist.

Wir als Union sind der Auffassung, dass wir nicht blind den Vorschlägen des Bundeskanzlers einfach folgen können. Vielmehr haben wir klare Eckpunkte verabschiedet, die für uns Bedingung und Grundvoraussetzung für eine Zustimmung zur anstehenden Grundgesetzänderung sind. Diese möchte ich nachstehend gerne auflisten:

- Es gilt die Ankündigung des Kanzlers, künftig „mehr als zwei Prozent“ des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben zur Verfügung zu stellen.
- Die Investitionen sind ausschließlich für die Bundeswehr gedacht – und eben nicht für andere Aufgaben, die entfernt vielleicht auch etwas mit Sicherheit zu tun haben könnten.
- Die zwei Prozent sind „dauerhaft“ im Haushalt festzuschreiben, da die Verteidigung zu den Kernaufgaben des Staates zählt.
- Vor der Verabschiedung des Gesamtplans bedürfe es eines Wirtschaftsplans - also einer konkreten Beschreibung der Vorhaben.
- Das zentrale Beschaffungswesen ist schleunigst zu reformieren.
- Da es sich um eine Ausnahme von der Schuldenbremse handelt, bedarf es eines genauen Tilgungsplans.

ENERGIEVERSORGUNG

Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass wir uns in Deutschland nicht nur über unsere bisherige Außen- und Sicherheitspolitik mehr

Gedanken machen müssen. Auch das Thema Energieversorgung rückt stärker in den Fokus. Wir brauchen eine sichere und verlässliche Energieversorgung, die unabhängig ist von Lieferungen aus Russland. Die Grundsatzentscheidungen stehen fest: Klimaneutralität bis 2045, Ausstieg aus der Kernenergie und aus der Kohleverstromung. Die aktuelle Situation stellt uns jedoch vor Herausforderungen, die so nicht absehbar waren. Die Regierung muss infolgedessen jetzt handeln und den Umsetzungspfad überprüfen.

Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben klare Forderungen an die Regierung: Dem Anstieg der Energiepreise ist kurzfristig etwas entgegen zu setzen. Wir müssen uns nach anderen Gaslieferanten umsehen und dafür sorgen, dass unsere bestehenden Gasspeicher gefüllt werden. Die drei LNG-Terminals (Flüssiggas-Terminals) in Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade müssen schneller gebaut werden können. Die Regierung muss zudem bereits jetzt nach weiteren Standorten suchen und zur Überbrückung schwimmende LNG-Terminals leasen. Auch auf europäischer Ebene muss sich Deutschland stärker abstimmen, gemeinsame Energieinfrastrukturprojekte planen und Handelspartnerschaften schließen.

Aber auch im Kleinen sind Änderungen notwendig: All diejenigen von Ihnen, die bei uns in Rhein-Berg auf das Auto angewiesen sind, sehen es nahezu jeden Tag an den Zapfsäulen: Die Preise steigen oder stagnieren auf sehr hohem Niveau. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen durch verschiedene Steuersenkungen den Preis für Kraftstoffe begrenzen. Auch Benzin wird ein Anteil (10 oder 5%) an Bio-Ethanol beigemischt. Bio-Ethanol wird aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt. Der Anteil der Energiesteuer, der auf diesen Bio-Kraftstoff entfällt, sollte ganz daher wegfallen. Bei einem E10 Benzin wären dann 10% des Benzins energiesteuerfrei. Bei E5 wären es immerhin 5%. Die Energiesteuer soll zudem um mindestens ein Drittel reduziert werden. Statt 19% Umsatzsteuer (bzw. Mehrwertsteuer) soll soweit europarechtlich zulässig für die Jahre 2022 und 2023 möglichst nur noch der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 % Anwendung finden.

Neben der Spritpreisbremse fordern wir noch weitere Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Dazu zählen die Senkung der Stromsteuer von derzeit 20,5 EUR/MWh auf den unionsrechtlich zulässigen Mindeststeuersatz von 1 EUR/MWh bei nichtgewerblicher Nutzung und auf 0,5 EUR/MWh bei gewerblicher Nutzung. Auch plädieren wir für die Absenkung der Umsatzsteuer auf 7 % bei Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen. Auch muss ein wirkungsvoller Ausgleich der kalten Progression durch eine Anpassung des Einkommensteuertarifs erfolgen. Schließlich bedarf es auch einer Anpassung der Entfernungspauschale in der Einkommensteuer an den CO₂-Preis.

Meine Kolleginnen und Kollegen und ich, wir werden uns jetzt intensiv darum bemühen, dass die notwendigen Schritte gegangen werden, um die Abhängigkeit von russischen Energieträgern zu reduzieren und gleichzeitig auch die finanziellen Belastungen, insbesondere für die arbeitende Mittelschicht, so gering wie möglich zu halten.

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: hermann-josef-tebroke@bundestag.de

Internet: <https://www.hermannjosef-tebroke.de/>